

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 10

vom 9. März 2012
Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Hamburg investiert weiter auf hohem Niveau in die Krankenhäuser	2
Warnung vor unsicheren Schneidwerkzeugen für Freischneider und Motorsensen	4
Japanische Lebensmittel nahezu unbelastet	5

Inneres

Volksentscheid über die Initiative „Unser Hamburg - Unser Netz“ am Tag der Bundestagswahl 2013	6
Leiter des Einwohner-Zentralamtes zieht positive Zwischenbilanz.....	7

Justiz und Gleichstellung

Justizsenatorin Jana Schiedek zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung.....	9
Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek unterzeichnet „Berliner Erklärung“ für gesetzliche Mindestquote von Frauen in Führungspositionen	10
Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek fordert Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt.....	11

Schule, Jugend und Berufsbildung

Senator Rabe begrüßte Bundeskanzlerin Merkel bei der Kultusministerkonferenz	12
Senator Rabe gelingt Durchbruch: Länder vereinbaren bundeseinheitliches Abitur	14

Internationales

Hamburg auf internationaler Immobilienmesse in Cannes	16
---	----

Zur Information

Terminkalender	17
----------------------	----

7. März 2012/bgv07

Hamburg investiert weiter auf hohem Niveau in die Krankenhäuser

Für den Ausbau der Gesundheits- und Medizinmetropole Hamburg werden von der Freien und Hansestadt Hamburg auch in diesem Jahr wieder Investitionsmittel für die Krankenhäuser auf höchstem Niveau zur Verfügung gestellt. Für die Investitionsförderung nach dem Hamburgischen Krankenhausgesetz (HmbKHG) sind in den Jahren 2011 und 2012 Mittel in Höhe von 117,2 Mio. Euro bzw. 113,6 Mio. Euro im Haushaltsplan veranschlagt. Davon entfallen auf die Pauschalförderung gemäß § 22 HmbKHG in beiden Jahren jeweils 31,25 Mio. Euro.

„Die Gesundheit und die gesundheitliche Versorgung der Hamburger Bürgerinnen und Bürger ist für uns ein wichtiges Thema“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Leistungsfähige und moderne Krankenhäuser sind für diese Versorgung von zentraler Bedeutung. Den in Hamburg vorhandenen hohen Standard der stationären Versorgung wollen wir durch unsere Krankenhausinvestitionen auch weiterhin gewährleisten.“

Das Investitionsprogramm der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz gibt einen Überblick über die laufenden und geplanten Fördermaßnahmen im Hamburger Krankenhausbereich. Aufgeführt werden alle Projekte, die im Jahr 2012 bewilligt werden sollen. Darüber hinaus sind sämtliche Maßnahmen enthalten, für die bereits Haushaltsmittel bewilligt worden sind und die sich bereits in der Umsetzung befinden.

Hamburg setzt bei den Krankenhausinvestitionen derzeit folgende fachliche Schwerpunkte:

➤ *Neustrukturierung von Krankenhäusern*

Durch die grundlegende Neustrukturierung von Funktions- und Bettenbereichen sollen die Betriebsabläufe verbessert und Behandlungsabläufe optimiert werden. Dies erfolgt durch umfangreiche Neubaumaßnahmen in dem Albertinen-Krankenhaus, dem Ev. Krankenhaus Alsterdorf, dem Ev. Amalie Sieveking-Krankenhaus, der Helios Mariahilf Klinik Hamburg und der Asklepios Klinik Harburg.

➤ *Modernisierung bzw. Erweiterung der Funktionsbereiche*

Mit Maßnahmen zur Umstrukturierung oder Erweiterungen von einzelnen Funktionsbereichen in den Krankenhäusern wird die Versorgungsqualität gesteigert und die Effizienz erhöht. Hier war zuletzt vor allem die Errichtung von zentralen Notaufnahmen vordringlich. Aktuell sind insbesondere Maßnahmen im OP-Bereich sowie in der Intensivversorgung Gegenstand der Förderung.

Das Krankenhaus-Investitionsprogramm 2011/ 2012 der Freien und Hansestadt Hamburg steht unter www.hamburg.de/krankenhaus zum Download zur Verfügung oder kann bei der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, Fachabteilung Versorgungsplanung, per Fax unter 040/ 427 31 00 69 angefordert werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

9. März 2012/bgv09

Warnung vor unsicheren Schneidwerkzeugen für Freischneider und Motorsensen

Mit den ersten wärmeren Tagen stehen vielerorts auch größere Gartenarbeiten an. Die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz rät in diesem Zusammenhang dringend vom Kauf und der Verwendung von sogenannten „schlegelartigen Schneidwerkzeugen“ für Freischneider und Motorsensen ab. Nach den Feststellungen der Marktüberwachungsbehörden ist die Verwendung mit einem ernstem Risiko für Benutzer und unbeteiligte Personen verbunden. Solche Anbauteile mit schlegelartigen Schneidwerkzeugen werden von Drittanbietern für die genannten tragbaren Geräte angeboten.

Bei Freischneidern und Motorsensen handelt es sich um tragbare handgeführte Gartengeräte, die zum Schneiden von Gras, Unkraut, Gestrüpp, kleinen Bäumen und ähnlicher Vegetation verwendet werden. An diesen Geräten können je nach Verwendungszweck unterschiedliche Schneidwerkzeuge montiert werden. Schlegelartige Schneidwerkzeuge bestehen aus mehreren Metallteilen, wie Ketten, Messern oder Bürsten, die mit einem Drehkopf verbunden sind. Bei der Verwendung dieser Schneidwerkzeuge besteht das Risiko des Bruchs. Dabei können Teile des gebrochenen Schneidwerkzeuges herausgeschleudert werden und den Benutzer oder unbeteiligte Personen erheblich oder gar lebensbedrohlich verletzen. Aus diesem Grund wurde der Verkauf dieser Schneidwerkzeuge für Freischneider und Motorsensen europaweit untersagt.

Da allerdings nicht auszuschließen ist, dass Schneidwerkzeuge dieser Bauart insbesondere im Internet noch immer zum Verkauf angeboten werden, rät die Verbraucherschutzbehörde dringend davon ab, diese zu erwerben oder zu verwenden. Abbildungen der Schneidwerkzeuge (Quelle: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Baden-Württemberg) stehen online unter www.hamburg.de/produktsicherheit zur Verfügung.

Der Beschluss der Europäischen Kommission zum Verbot des Inverkehrbringens von schlegelartigen Schneidwerkzeugen für tragbare handgeführte Freischneider/ Motorsensen ist zudem online unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:018:0005:0006:DE:PDF> einsehbar.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

9. März 2012/hu09

Japanische Lebensmittel nahezu unbelastet

Bilanz der Hamburger Kontrollen ein Jahr nach Fukushima

In Hamburg ankommende Lebensmittel aus Japan sind praktisch frei von radioaktiven Stoffen aus den Unglücksreaktoren von Fukushima. Diese Bilanz zieht die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit dem Veterinär- und Einfuhramt und dem Institut für Hygiene und Umwelt zum ersten Jahrestag der schweren Erdbebenkatastrophe in Japan und dem folgenden Reaktorunglück in Fukushima.

Nach dem Unglück wurden die EU-Mitgliedsstaaten durch eine Verordnung der Europäischen Kommission dazu verpflichtet, Lebensmittelimporte aus Japan gezielt zu kontrollieren und stichprobenartig auf radioaktive Stoffe zu untersuchen. Die Kontrolle der Lieferpapiere aller über Hamburg zum Import angemeldeten Lebensmittel aus Japan sowie die Probennahme erfolgt seither bereits vor der zollrechtlichen Abfertigung durch das Veterinär- und Einfuhramt. Die Bestimmung der radioaktiven Strahlung führt die im Institut für Hygiene und Umwelt angesiedelte Landesmessstelle für Radioaktivität durch.

Allgemein werden nur sehr wenige Lebensmittel aus Japan in die EU eingeführt. Hauptimportgüter sind Sojasoßen, Reisprodukte, alkoholische Getränke, Meeresprodukte sowie grüner Tee. Bis Ende Februar 2012 wurden insgesamt rund 1.800 solcher Sendungen in Hamburg überprüft. Daraus wurden 280 Stichproben auf die durch den Reaktorunfall freigesetzten radioaktiven Stoffe Cäsium-134, Cäsium-137 und Iod-131 untersucht. Von allen untersuchten Proben enthielten lediglich zwölf die beiden Cäsium-Isotope, wobei die radioaktive Belastung aber weit unterhalb der gültigen Höchstwerte lag. Am häufigsten fanden sich Spuren von Radioaktivität in Proben von grünem Tee, der in der japanischen Provinz Shizuoka angebaut wird. Die Hamburger Ergebnisse decken sich mit denen aus anderen Bundesländern bzw. anderen Mitgliedsstaaten der EU.

Die Hamburger Landesmessstelle für Radioaktivität untersucht seit den 1960er Jahren routinemäßig Umwelt- und Lebensmittelproben auf radioaktive Stoffe. Ihre heutigen Aufgaben sind vornehmlich durch das Strahlenschutzvorsorgegesetz (StrVG) geprägt, das in Folge des Unfalls von Tschernobyl 1986 erlassen wurde. Seit März letzten Jahres kommen gemäß EU-Verordnung die Analysen der Importproben aus Japan hinzu.

Rückfragen der Medien:

Institut für Hygiene und Umwelt;
Sinje Köpke, Pressesprecherin
Tel. + 49 (40) 428 45-7304, E-Mail: pressestelle@hu.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/hu

8. März 2012/bis08

Volksentscheid über die Initiative „Unser Hamburg - Unser Netz“ am Tag der Bundestagswahl 2013

Der Senat hat in seiner Sitzung am 6. März 2012 bestimmt, dass der Volksentscheid über die Volksinitiative „Unser Hamburg - Unser Netz“ am Tag der nächsten Wahl zur Bürgerschaft oder zum Deutschen Bundestag stattfindet (Art. 50 Abs. 3 der Hamburger Verfassung). Dies wird voraussichtlich im Herbst 2013 die Wahl zum Deutschen Bundestag sein.

Nachdem die Bürgerschaft das Anliegen des Volksbegehrens nicht übernommen hat, haben die Initiatoren die Durchführung des Volksentscheids beantragt. Dabei haben sie keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, die Durchführung bereits für das Frühjahr 2012 zu beantragen.

Für den Volksentscheid ist mit Kosten in Höhe von rund zwei Millionen Euro zu rechnen.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 - 42839-2673,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

09. März 2012 / bis09

Erste Einbürgerung im Rahmen der Einbürgerungsinitiative: Leiter des Einwohner-Zentralamtes zieht positive Zwischenbilanz

In den Räumen der Einbürgerungsabteilung des Einwohner-Zentralamtes wurde jetzt die erste Einbürgerungsurkunde als Ergebnis der vor drei Monaten gestarteten Einbürgerungsinitiative des Senats überreicht. Es handelt sich um einen Hamburger mit schwedischen Wurzeln, der seit fast 30 Jahren in Deutschland lebt. Wie fast alle EU-Bürger darf er seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit behalten.

Dazu erklärt der Leiter des Einwohner-Zentralamtes, Ralph Bornhöft: „Ich möchte ihn zu seiner Entscheidung beglückwünschen, sich zusätzlich zu seiner schwedischen Staatsangehörigkeit nunmehr auch für den deutschen Pass entschieden zu haben.“ Bornhöft ermutigte auch andere EU-Bürger, ihre Zurückhaltung gegenüber einer Einbürgerung aufzugeben und sich für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Bornhöft kündigte weitere Einbürgerungen im Rahmen der Einbürgerungsinitiative an: „Das Konzept des Senats zeigt erste Erfolge. Ich freue mich, dass bislang so viele Menschen positiv auf das Werben für den deutschen Pass reagiert haben.“

Kernstück der Einbürgerungsinitiative ist ein persönliches Schreiben des Ersten Bürgermeisters, mit dem Olaf Scholz seit Dezember 2011 Monat für Monat bei möglichen Einbürgerungsinteressierten für die deutsche Staatsbürgerschaft wirbt. In den ersten drei Monaten wurden fast 12.000 Hamburgerinnen und Hamburger ohne deutschen Pass angeschrieben, die zumindest die zeitlichen und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine Einbürgerung erfüllen. Ob die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, wie z.B. die wirtschaftliche Eigenständigkeit oder deutsche Sprachkenntnisse, wird im Zuge eines Beratungsgesprächs geklärt.

Unter Einbeziehung der Einbürgerungsinitiative sind in der Zeit von Dezember 2011 bis Februar 2012 insgesamt 1.598 Einbürgerungsanträge gestellt worden. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 1.191 Anträgen bedeutet dies eine Steigerung um 34 Prozent. Bei den Beratungsgesprächen ist nahezu eine Verdopplung zu verzeichnen, nämlich von 2.041 im Zeitraum von Dezember 2010 bis Februar 2011 auf 3.917 im aktuellen Vergleichszeitraum.

Bei der Bearbeitungsdauer ist entscheidend, ob zum Zeitpunkt der Antragstellung alle Voraussetzungen vorliegen und die erforderliche Beteiligung anderer Stellen reibungslos funktioniert. Wird bei der Antragstellung festgestellt, dass z.B. noch ein Sprachtest erforderlich ist, entscheidende

Urkunden fehlen, die wirtschaftlichen Eigenständigkeit geklärt werden muss oder ein Strafverfahren anhängig ist, kann das die Bearbeitung verzögern. Unabhängig davon, ob es sich um ein Verfahren aus der Einbürgerungsinitiative handelt oder nicht, ist aktuell von einer Bearbeitungsdauer von 6 bis 12 Monaten auszugehen, in Ausnahmefällen auch kürzer.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Norbert Smekal, Tel.: 040 – 42839-2403

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/eza

07. März 2012/bjg07

Justizsenatorin Jana Schiedek zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung: „Bundeskabinett schöpft nicht alle Mittel zum Schutz der Bevölkerung aus“

Das Bundeskabinett hat heute einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der Sicherungsverwahrung verabschiedet. **Justizsenatorin Jana Schiedek** erklärte dazu: „Die Bundesregierung reagiert viel zu spät und zu zögerlich auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Frühjahr 2011. Die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger werden von der Bundesregierung nicht hinreichend ernst genommen. Vor allem werden nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die Bevölkerung wirksam vor gefährlichen Straftätern mit einer psychischen Störung zu schützen.“

Der Entwurf der Bundesregierung sieht keine Regelung vor, welche die Unterbringung von Straftätern ermöglicht, bei denen erst nach einer Verurteilung erkennbar wird, dass sie aufgrund einer psychischen Störung hochgradig gefährlich sind. Hamburg hatte dies gemeinsam mit der Mehrzahl der Länder wiederholt eingefordert, auch wenn nur eine geringe Anzahl von Fällen zu erwarten sein wird. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2011 einen Weg aufgezeigt, eine drohende Sicherheitslücke verfassungskonform zu schließen. „Die Bundesregierung ist in dieser Frage tief gespalten. Statt eine klare Entscheidung zu treffen, wird dieses zentrale Anliegen in das anstehende Bundesratsverfahren verschoben. Hamburg wird im Bundesrat darauf drängen, dass diese Lücke geschlossen wird“, so **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Hamburg ist für die aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 erforderliche Neuregelung der Sicherungsverwahrung gut gerüstet. In wesentlichen Punkten entspricht die derzeitige Unterbringung bereits den bis zum 31. Mai 2013 umzusetzenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Welche Maßnahmen im Einzelnen zur Ausgestaltung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung in Hamburg erforderlich sind, hängt nicht zuletzt von der anstehenden bundesgesetzlichen Neuregelung ab, die nunmehr im Bundesratsverfahren beraten werden wird.

Kontakt:

Pia Böert

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

7. März 2012/bjg07a

Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek unterzeichnet „Berliner Erklärung“ für gesetzliche Mindestquote von Frauen in Führungspositionen

Im Vorfeld des morgigen 101. Internationalen Frauentages hat die Hamburger Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek die „Berliner Erklärung“ unterzeichnet. Damit unterstützt sie die Forderung einer Gruppe von Frauen aller Bundestagsfraktionen nach einer gesetzlichen Mindestquote von zunächst 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen.

„Der Versuch, mithilfe freiwilliger Selbstverpflichtungen für Geschlechtergerechtigkeit in den Führungsetagen zu sorgen, ist gescheitert. Wir brauchen eine gesetzliche Quote, um endlich eine angemessene Teilhalbe von Frauen in Führungspositionen zu erreichen“, fordert **Jana Schiedek**.

Denn noch immer ist der Anteil weiblicher Führungskräfte in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft viel zu gering. Gleichzeitig rechtfertigt der Ausbildungsstand von Frauen dieses Ungleichgewicht in keiner Weise. „Mit der in der Bundesregierung herrschenden lähmenden Uneinigkeit muss endlich Schluss sein. Deutschland muss in Sachen Geschlechterquote nachziehen – am besten auch ohne Hilfe aus Brüssel“ so **Jana Schiedek**. Denn mittlerweile hat auf EU-Justizkommissarin Viviane Reding angekündigt, im Sommer eine Gesetzesinitiative für eine EU-weite Geschlechterquote zu starten, weil eine glaubwürdige Selbstregulierung nicht gelungen ist.

Anlässlich des 101. Internationalen Frauentages empfängt Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek morgen im Hamburger Rathaus zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Vertreterinnen von Vereinen und Initiativen, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften in Hamburg zu einem Senatsempfang.

Kontakt:

Pia Böert

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

8. März 2012/bjg08

Senatsempfang zum Internationalen Frauentag:

Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek fordert

Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt

Mit einem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm will der Hamburger Senat die Gleichstellung von Männern und Frauen zu einem umfassenden gesellschaftlichen Reformprojekt machen. In ihrem Grußwort beim Senatsempfang zum Internationalen Frauentag im Festsaal des Rathauses erklärte **Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek** vor rund 300 Frauen aus Verbänden, Politik, Wirtschaft und Verwaltung: „Das Programm soll keine bloße Absichtserklärung sein, sondern ihm sollen konkrete Taten folgen. Eines der Handlungsfelder, das dabei im Mittelpunkt stehen wird, ist die Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt. Dabei geht es um weit mehr, als nur mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Ganz grundsätzlich gilt: Wir wollen die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken, wir wollen Niedriglöhnen und unfreiwilliger Teilzeit entgegenwirken, wir wollen familienfreundliche Arbeitsbedingungen – auch für Männer – schaffen und die Infrastruktur für Kinderbetreuung und Pflege ausbauen.“

Die Festrede beim Senatsempfang hielt Frau **Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms, Professorin für Öffentliches Recht an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg**, die in ihrem Vortrag unter dem Titel „Gleiche Chancen - Neue Wege: Gleichstellungspolitik und die Perspektive des Lebensverlaufs“ auf die bestehenden Entgeltungleichheit hinwies: „Für die Gleichstellung von Frauen und Männern müssen wir alle Lebensbereiche in den Blick nehmen. Das heißt auch, dass gleichwertige Tätigkeiten künftig gleich entlohnt werden.“ Prof. Dr. Margarete Schuler-Harms war von 2008 bis 2011 Mitglied der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Ersten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung.

Kontakt:
Pia Böert

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle
Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258
E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

9. März 2012/bsb09

Senator Rabe begrüßte Bundeskanzlerin Merkel bei der Kultusministerkonferenz: Migration, Integration, Chancengerechtigkeit und Bildung haben höchste Priorität

Historisch erster Besuch eines Kanzlers oder einer Kanzlerin

Schulsenator Ties Rabe begrüßte Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einem Gespräch mit den Mitgliedern der Kultusministerkonferenz. Dies war das erste Mal seit ihrer Gründung im Jahre 1948, dass ein Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin hier zu Gast war. Kultusministerkonferenz und Bundeskanzlerin waren sich einig, dass die Themen Migration, Integration, Chancengerechtigkeit und die Bedeutung von Bildung auf der politischen Agenda höchste Priorität haben. Bund und Länder arbeiten gemeinsam in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich daran, weitere Fortschritte zu erzielen.

Besuch der Kanzlerin bedeutet Wertschätzung des Bildungsföderalismus

„Das Gespräch zwischen der Bundeskanzlerin und der Kultusministerkonferenz zeigt, welche Bedeutung das Thema Bildung hat. Bundesregierung und Länder bearbeiten das Thema jeder in seiner Verantwortung und Zuständigkeit - aber tauschen sich intensiv aus. Ich sehe im Besuch der Bundeskanzlerin eine Wertschätzung für den Bildungsföderalismus in Deutschland“, betonte Senator Rabe, Präsident der Kultusministerkonferenz. In zahlreichen Projekten arbeiten Bund und Länder eng zusammen. Dies sind beispielsweise die Qualifizierungsinitiative, der Hochschulpakt, das Auslandsschulwesen, die gemeinsam finanzierte internationale Bildungsforschung sowie die Bildungsberichterstattung.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: „Ich glaube, dass es wichtig und richtig ist, dass wir uns zwischen Bund und Ländern permanent über Integration, Integrationspläne und Integrationsaufgaben austauschen; denn die Zukunft Deutschlands wird ganz wesentlich durch das Gelingen der Integration bestimmt werden. Ich glaube, dass wir den Geist gehabt haben, dass wir das Gelingen lassen wollen, und haben weniger über die Schwierigkeiten gesprochen, dafür mehr über die Möglichkeiten.“

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zentral für Integration

In diesem Zusammenhang ist auch das am 1. April in Kraft tretende Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen richtungweisend. Es eröffnet Zuwanderern erstmalig einen Rechtsanspruch auf eine individuelle Bewertung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen und schafft die Möglichkeit, bereits aus dem Heimatland heraus eine Anerkennung zu erwirken. Ziel von

Bund und Ländern ist, dass Bewerber ihr volles berufliches Potential auf dem deutschen Arbeitsmarkt einbringen können. Die Kultusministerkonferenz hat in kurzer Zeit in Zusammenarbeit mit verschiedenen Länderressorts ein Mustergesetz entworfen, damit die notwendigen Anerkennungsgesetze in den Ländern zügig verabschiedet werden können. Die Anerkennung kann so auf einer gesicherten rechtlichen Grundlage und in einheitlichen Verfahren beginnen. Kultusministerkonferenz und Bundesregierung sind sich einig, dass sich die Bildungsbiographien von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in einer möglichst kurzen Zeitspanne angleichen sollen.

Übergang Schule-Beruf

Ein wichtiges Gesprächsthema war der Übergang von der Schule in den Beruf. Alle Länder setzen etablierte Konzepte ein, um Jugendliche intensiv und systematisch auf den Übergang in die betriebliche Ausbildung vorzubereiten. Das Spektrum umfasst feste Strukturen in den Schulprogrammen, individuelle Beratung, Kooperationen mit den berufsbildenden Schulen oder Betriebspraktika. Trotz eines demographischen Rückgangs bei den Schulabgängern konnten mehr neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden als zu Beginn des Ausbildungspaktes.

Gemeinsames Ziel: Wirksame Sprach- und Leseförderung

Sprachdiagnostik, Sprachförderung und Leseförderung standen ebenfalls im Mittelpunkt des Gesprächs mit der Bundeskanzlerin: Eine wirksame Sprach- und Leseförderung auf der Grundlage einer darauf abgestimmten Sprachdiagnostik gehört zu den drängendsten Herausforderungen im Bildungsbereich. Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache ist die Grundlage, auf dem eine erfolgreiche Bildungsintegration aufbaut. Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern eine Vielzahl entsprechender Förderprogramme und erhebliche Anstrengungen, um benachteiligten Kindern neue Chancen zu eröffnen. Bund und Länder haben sich darüber hinaus im Dezember 2011 auf eine gemeinsame Initiative verständigt.

„Wir wollen die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre im Bereich der Sprachdiagnostik, Sprachförderung und Leseförderung verstetigen. Unser Ziel ist, eine systematische und kontinuierliche Förderung zu gewährleisten und auszubauen – vom Kindergarten über die Grundschulen bis zum Schulabschluss“, unterstrich der Präsident. **„Das Gespräch mit der Bundeskanzlerin war sehr konstruktiv und ich bin mir sicher, dass sich Bundesregierung und Länder zukünftig eng über Bildungsthemen austauschen werden“,** so Rabe.

Für Rückfragen der Medien:

<p>Sekretariat der Kultusministerkonferenz Sylvia Schill, Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tel.: (030) 25418-401 E-Mail: presse@kmk.org Internet: www.kmk.org</p>	<p>Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel.: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb</p>
---	---

9. März 2012/bsb09a

Senator Rabe gelingt Durchbruch: Länder vereinbaren bundeseinheitliches Abitur

Die Kultusminister haben die Grundlagen geschaffen für vergleichbare Abiturprüfungen in allen Bundesländern ab dem Abitur 2017, wenn der erste Schülerjahrgang gemäß den neuen Bildungsstandards geprüft wird. „Nach intensiven Gesprächen, die über viele Monate liefen und zum Teil sehr kontrovers geführt wurden, ist nun der Durchbruch gelungen“, sagte Senator Ties Rabe, Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK).

„Ab 2013 wird ein Aufgabenpool entstehen, der bundesweit gleiche Anforderungen in den Abiturprüfungen ermöglicht. Dies ist ein wichtiger und zugleich vertrauensbildender Beitrag, um die hohe Qualität, die Anerkennung und die Vergleichbarkeit des Abiturs zu sichern“, lobte Senator Rabe die gemeinsame Entscheidung der Bundesländer.

Mit Bildungsstandards in zentralen Fächern, dem Angebot für einen bundesweiten Pool für Abiturprüfungsaufgaben und mit einheitlichen Bewertungskriterien stärkt die Kultusministerkonferenz die Vergleichbarkeit der Allgemeinen Hochschulreife (Abitur).

In einem ersten Schritt sollen bis zum Jahresende 2012 die Standards in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch vorgelegt und verabschiedet werden. Mit der Entwicklung der Bildungsstandards für das Abitur in den naturwissenschaftlichen Fächern Biologie, Physik und Chemie wird im Jahr 2013 begonnen.

In weiteren Schritten soll das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) Beispielaufgaben für die Abiturprüfung mit einem Erwartungshorizont sowie Bewertungshinweisen entwickeln. Die Länder unterstützen diesen Prozess, indem sie der Aufgabenentwicklungskommission weitere schriftliche Abiturprüfungsaufgaben sowie entsprechende Bewertungsvorgaben übermitteln. Die vom IQB als geeignet befundenen Abituraufgaben werden in einen Aufgabenpool eingestellt. Dieser Aufgabenpool soll ab 2013 kontinuierlich aufwachsen und den Ländern als Angebot für den möglichen Einsatz im Abitur 2016/17 zur Verfügung gestellt werden, wenn der erste Schülerjahrgang auf Grundlage der Bildungsstandards das Abitur macht. Das IQB

wird bis zur Kultusministerkonferenz im Dezember 2012 weitere Details zur Konzeption sowie zum Zeitplan vorlegen.

Mit der Vorlage der nationalen Bildungsstandards für zentrale Fächer sowie dem geplanten Aufgabenpool ist die Grundlage für eine vergleichbare Abiturprüfung in allen 16 Ländern gelegt. Bereits im Schuljahr 2012/2013 wird mit der Umsetzung begonnen.

Für Rückfragen der Medien:

<p>Sekretariat der Kultusministerkonferenz Sylvia Schill, Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tel.: (030) 25418-401 E-Mail: presse@kmk.org Internet: www.kmk.org</p>	<p>Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel.: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/bsb</p>
---	---

05.03.2012/fb05

Hamburg auf internationaler Immobilienmesse in Cannes

Ausschreibungen für innerstädtische Toplagen Oberfinanzdirektion am Rödingsmarkt und Cityhochhäuser am Klosterwall gestartet

Die Stadt Hamburg und zahlreiche Hamburger Unternehmen präsentieren sich und ihren Standort auch dieses Jahr wieder auf der internationalen Immobilienmesse MIPIM im südfranzösischen Cannes an der Cote d'Azur. Der Senat wird von Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher vertreten. Er spricht am Dienstag auf dem Hafencity-Empfang, diskutiert auf einem „5 Cities Event“ mit Vertretern der Städte Amsterdam, Barcelona, Lyon und Manchester und nimmt an einer Veranstaltung zur Kooperation von Städten mit privaten Unternehmen teil.

Die Finanzbehörde präsentiert der internationalen Immobilienwirtschaft die Hansestadt als Standort mit besten wirtschaftlichen Aussichten, urbanen Toplagen und attraktiven Wasserbezügen für zukunftsfähiges Wohnen und Arbeiten. Mit neuester Technik können sich die Besucher am Hamburger Gemeinschaftsstand durch ein interaktives Luftbild über das Flächenangebot und aktuelle Ausschreibungen des städtischen Immobilienmanagements informieren.

Pünktlich zur MIPIM hat die Finanzbehörde Immobilienmanagement die Ausschreibungen für die zukünftige Nutzung von zwei innerstädtischen Premiumimmobilien veröffentlicht. Gemeinsam mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) wird die ehemalige Oberfinanzdirektion am Rödingsmarkt zum Verkauf angeboten. Außerdem werden die Cityhochhäuser am Klosterwall zum Verkauf und Abriss ausgeschrieben. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wird der Senat zudem zügig eine Entscheidung zum zukünftigen Standort des Bezirksamtes Hamburg-Mitte treffen. Weitere Informationen zu den ausgeschrieben Objekten und das ganze Angebot der Finanzbehörde – Immobilienmanagement finden Sie unter:

<http://real-estate.hamburg.de>

Die MIPIM bietet dem städtischen Immobilienmanagement die Gelegenheit, international für Hamburg zu werben und herausragende Projekte zu präsentieren. Neben zahlreichen Einzelvorhaben gehören dazu die Entwicklung der Hafencity sowie die zahlreichen Projekte der Internationalen Bauausstellung (IBA) Hamburg.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker

Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556

E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 12. März bis 18. März 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 12.03.2012

- 15:30** Rathaus, Turmsaal
Staatsrat Michael Sachs empfängt eine **Delegation aus Taipeh**.
- 17:00** Hotel Luis C. Jacobs, Elbchaussee 401
Staatsrat Michael Sachs nimmt teil an der **Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (vnw)-Konferenz der Verbandsdirektoren**.
- 19:00** Passage Kino Hamburg, Mönckebergstraße 17
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil an der **NDR-Preview „Schlachtfeld Politik – die finstere Seite der Macht“** mit anschließender Diskussionsrunde.

Dienstag, den 13.03.2012

- 12:00** Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt verabschiedet die **Hamburger Kirschblütenprinzessin Marina Reinecke zu ihrer Japan-Reise** und übergibt die Grußbotschaften des Ersten Bürgermeisters für die Unternehmen und Institutionen, die sie bei ihrer Reise besuchen wird.
- 12:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Indische Botschafterin Sujatha Singh** zum Antrittsbesuch.
- 12:30** Rathaus, Laube
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die **Indische Botschafterin Sujatha Singh** zum Antrittsbesuch.
- 13:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt den **Honorarkonsul der Republik Slowenien, Jan Philipp Reemtsma**, zum Antrittsbesuch.
- 18:30** Hotel Maritim, Bismarckallee 2, 24105 Kiel
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen des **traditionellen Reis- und Curryessen der Bundeslotsenkammer** ein Grußwort.

Mittwoch, den 14.03.2012

- 09:30** Germanischer Lloyd, Brooktorkai 18
Staatsrat Dr. Bernd Egert hält ein Grußwort anlässlich des Besuchs der **niederländischen Delegation zum Dutch-German Offshore Wind Seminar 2012**.
- 19:00** Schmidts Tivoli, Spielbudenplatz 27-28
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von „Villa Sonnenschein“**.

Donnerstag, den 15.03.2012

- 10:00** Berlin, Bundesministerium der Finanzen
Staatsrat Jens Lattmann nimmt an der monatlichen **Finanzministerkonferenz in Berlin** teil.
- 10:00** Haus B der Landesregierung, Düsternbrooker Weg 80, 24105 Kiel
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **Konferenz der norddeutschen Regierungschefs (KND)** teil.
- 12:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt den **Botschafter der Republik Ecuador, Jorge Enrique Jurado Mosquera**, zum Gespräch.
- 16:00** Neues Messegelände, Glashalle, Leipzig
Staatsrat Dr. Nikolas Hill besucht die **Leipziger Buchmesse 2012** und nimmt teil an der Verleihung des Preises der Leipziger Buchmesse.
- 19:30** Patriotische Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 4
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek hält ein Grußwort im Rahmen der **Veranstaltung „Assistententagung Öffentliches Recht“**.

Freitag, den 16.03.2012

- 17:15** Congress Centrum Düsseldorf, Stadthalle, Stockumer Kirchstraße 61, Düsseldorf
KMK Präsident Ties Rabe hält auf dem **Deutschen Schulleiterkongress „Schulen gehen in Führung“** ein Grußwort.
- 20:00** Hapag Hallen , Lentzstraße , 27455 Cuxhaven
Senator Frank Horch spricht als Festredner anlässlich des **Schiffahrtssessens des Nautischen Vereins**.
- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Premiere von „Ein Sommernachtstraum“**.

Samstag, den 17.03.2012

- 20:00** Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Premiere von „Die Kunst war viel populärer als ihr noch Künstler wart!“**.

Sonntag, den 18.03.2012

- 12:00** Berlin
Bürgermeister Olaf Scholz und Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt nehmen an der **Bundesversammlung zur Wahl einer Bundespräsidentin / eines Bundespräsidenten** teil.